

08.01.2019

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Lehren aus den Paradise Papers ziehen – Steuervermeidung, Steuerbetrug und Geldwäsche konsequent entgegenzutreten.“

Drucksache 17/1983

Der Kampf gegen Steuerbetrug darf kein Lippenbekenntnis bleiben – Landesregierung muss aktiv werden

I. Ausgangslage

Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat es in seiner Regierungszeit geschafft, das NRW im Kampf gegen Steuerbetrug und –vermeidung Vorreiter geworden ist.

Diesen Ruf hat sich nicht durch einmalige Aktionen erworben, sondern durch eine konsequente und aktive Politik. Das Schweizer Steuerabkommen wurde im Bundesrat verhindert und durch den Ankauf von Steuer CDs wurde der Druck auf Steuersünder konstant aufrechterhalten. Die Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe sind dadurch allen Bundesländern zugutegekommen.

Das Thema Steuerbetrug durch manipulierte Kassensysteme wurde maßgeblich von NRW aus angestoßen. Erst dadurch hat das ehemals von Wolfgang Schäuble geführte Finanzministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dann auch verabschiedet wurde. Inzwischen kritisiert aber sogar NRW-Finanzminister Lienenkämper diesen als zu lasch.

Mit der im Jahre 2015 eingerichteten gemeinsamen Ermittlungsgruppe aus Steuerfahndung und Landeskriminalamt, EOKS, wurde eine bundesweit einmalige Organisation geschaffen, die sich mit Themen wie Geldwäsche und Umsatzsteuerbetrug netzwerkübergreifend beschäftigt.

Die Cum-Cum und Cum-Ex-Geschäfte sowie deren Aufdeckung ist vor allem dieser Einheit zu verdanken.

Datum des Originals: 08.01.2019/Ausgegeben: 09.01.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Laut neuen Berichten ist der Schaden durch den Griff in die Staatskasse durch dubiose Geschäfte von Banken und Investoren deutlich höher als bisher angenommen. Betroffen sind neben Deutschland mindestens zehn weitere europäische Länder, der Schaden beläuft sich auf mehr als 55 Milliarden Euro - wenn man undurchsichtige Konstruktionen wie Cum-Ex und Cum-Cum zusammenzählt. Bei den in der Finanzbranche auch als "Tax Deals" bekannten Geschäften werden kurzfristig riesige, oft milliarden schwere Aktienpakete hin- und hergeschoben, um sich doppelt Steuern erstatten zu lassen.

II. Der Landtag stellt fest:

Die in jüngster Zeit publik gewordenen Enthüllungen über schamlosen Steuerbetrug einerseits, aber auch das intensive Nutzen von bestehenden Regelungslücken im nationalen und internationalen Steuerrecht andererseits, machen deutlich, dass der Kampf dagegen eine ständige Aufgabe ist und hohe Priorität haben muss.

Die neuesten Enthüllungen um die sogenannten „Phantomaktien“ zeigen, dass die Betrügerei sich ständig fortentwickelt. Daher ist der Kampf dagegen eine kontinuierliche Aufgabe.

Darauf zu verweisen, dass man auf Landesebene nur bedingt zuständig ist, reicht eben nicht aus. Gesetzgeberische Initiativen auf Bundesebene müssen Hand in Hand mit der personellen Verstärkung der Finanzverwaltung auf Landesebene vorangetrieben werden.

Hier ist in den letzten Jahren massiv investiert worden. Alleine zwischen 2010 und 2017 stiegen die Ausbildungszahlen in der Finanzverwaltung um mehr als 50% auf 1227 Stellen.

Deshalb ist es gut und richtig, dass im Haushalt 2018 eine zusätzliche Einheit gegen Terrorfinanzierung und Geldwäsche eingerichtet worden ist und die Ausbildungskapazitäten nochmal erhöht wurden. Diesen Weg der Landesregierung unterstützen wir ausdrücklich. Mit dem Projekt EOKS wurde gezeigt, dass eine fachübergreifende Bekämpfung dieser Themen erfolgreich und richtig ist.

Gleichzeitig bleiben die Initiativen auf Bundesebene bislang mehr als vage. Außer Allgemeinplätze, dass der Steuerbetrug auch weiterhin auf der Agenda der Landesregierung sei, ist bisher wenig erfolgt.

Diese spielt vor allem dem Koalitionspartner FDP in die Karten, für den das Thema Kampf gegen Steuerbetrug keine Priorität hat.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Der Kampf gegen alle Formen des Steuerbetrugs muss auch in der laufenden Legislaturperiode Priorität haben und permanent betrieben werden
2. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene bietet eine Grundlage dafür, dass die Landesregierung auf diesem Feld aktiv tätig wird. Dazu gehören:
 - Der aktive Einsatz für eine Finanztransaktionsteuer, welche in dieser Wahlperiode umgesetzt werden muss. Diese muss für alle Finanzprodukte gelten.
 - Eine gesetzliche Neuregelung des EU-weiten Umsatzsteuersystems, da hier Milliardenbeträge am Fiskus vorbei geschleust werden.
 - Eine personelle Aufstockung der Zollbehörden, um die Geldwäsche aktiv zu bekämpfen. Dabei muss das Landeskriminalamt und seine Fachexpertise eingebunden werden.

- Sich auf EU-Ebene für eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensteuer einzusetzen, damit die Verschiebung von Gewinnen in Niedrigsteuerländern innerhalb der EU endlich ein Ende findet. Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie entstehen.
 - Die Unterbindung von sog. Share Deals bei der Grunderwerbsteuer. Es darf nicht sein, dass große Unternehmen durch geschickte Steuergestaltung Steuern in Milliardenhöhe sparen.
 - Das sogenannte „Country-by-Country-Reporting“ muss endlich in nationales Recht umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Konzerne ihre Gewinne hin- und herschieben und die Öffentlichkeit erst nach Enthüllungen davon Kenntnis erhält.
3. Darüber hinaus muss die Landesregierung auf folgenden Gebieten selbst aktiv werden:
- Die Finanzverwaltung muss auch weiterhin personell gestärkt werden. Nur so können die gesetzgeberischen Maßnahmen auch umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass weiterhin Steuer CDs angekauft werden.
 - Große Banken und Wirtschaftsunternehmen dürfen nicht weiter straflos steuerschädliche Geschäfte betreiben und nur einzelnen Personen belangt werden. Deshalb war die NRW-Initiative für ein Unternehmensstrafrecht richtig und das Instrument des Lizenzzugs bei Banken ein wichtiges. NRW muss sich hierfür weiterhin einsetzen.
 - Auch auf nationaler Ebene darf es in Zukunft keine Gewinnverschiebung im Rahmen der Gewerbesteuer geben. Mögliche Regelungslücken sind gesetzlich zu unterbinden.
 - Freihäfen und die Möglichkeiten die dort für Geldwäsche und Terrorfinanzierung herrschen dürfen nicht länger toleriert werden, sondern müssen angegangen werden. Hier muss NRW gesetzgeberisch aktiv werden.
 - Die Digitalisierung und der Wandel der Arbeitswelt werden auch das Steuersystem vor neue Herausforderungen stellen. Hier gilt es neue Lösungen und Ideen zu entwickeln, damit das Gemeinwohl auch in Zukunft leistungsgerecht finanziert wird.
4. Es darf nicht erst gehandelt werden, wenn durch Journalisten Machenschaften aufgedeckt werden. Die Landesregierung muss proaktiv handeln und sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die gesetzgeberischen Lücken geschlossen werden.

Thomas Kutschaty

Sarah Philipp

Michael Hübner

Stefan Zimkeit

Rüdiger Weiß

und Fraktion